

Kommission eine Abfuhr holen und dann versuchen, mit den Möglichkeiten der Medienarbeit noch einmal nachzukarten. Ich bin dankbar, dass der Landtag bei seiner Haltung bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend und nicht zuletzt der Landesbank NRW danken. Sie hat sich nicht nur selbstkritisch der Diskussion über ihre Strategie gestellt, sondern sie hat auch maßgeblich zu dem beigetragen, was heute Gegenstand der Entscheidung ist. Mir ist in guter Erinnerung - das wird auch so bleiben -, dass der Vorstand, der heute in kompletter Besetzung anwesend ist, hinter dem Konzept zur Weiterentwicklung als Förderbank nach den Kriterien der Verständigung II bedingungslos gestanden und diesen Prozess mit Überzeugungsarbeit unterstützt hat. All dies ist eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die Beratungen schließen und zur Abstimmung kommen können.

Zunächst kommen wir zu der Abstimmung über den **Änderungsantrag** aller vier Fraktionen **Drucksache 13/5151**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/5121**, den Gesetzentwurf entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand

und Technologie
Drucksache 13/5122

zweite Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind ferner eingebracht worden der **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/5136** und der **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5154**.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Gießelmann das Wort.

Helga Gießelmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns in diesem Hause alle darüber einig, dass die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts mehr denn je von einer modernen, leistungsfähigen Verwaltung abhängig ist. Der Staat muss alles tun, um die Kundenfreundlichkeit seiner Verwaltung zu fördern und bürokratische Strukturen abzubauen, um so Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Eigeninitiative zu geben. Darum haben die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und eine kritische Überprüfung staatlicher Aufgaben und Normen eine hohe Priorität für uns.

Wir sagen aber auch ganz deutlich, dass es uns um den Abbau bürokratischer Verfahren und um die Beschleunigung dieser Verfahren geht, nicht aber um den Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Arbeitsschutz oder Umweltschutz. Das unterscheidet unseren Blick auch von manch anderem.

Wir sind froh über Initiativen in den Regionen. Darum hat die SPD-Landtagsfraktion die Initiative "Modellregion Ostwestfalen-Lippe: Wirtschaftsnah Verwaltung" begrüßt. Wir begrüßen die Initiative der OWL Marketing GmbH, die ganz konkrete Vorschläge erarbeitet hat. Ich freue mich auch, dass die OWL Marketing GmbH die Anregung aus dem Landtag inzwischen aufgegriffen und ihren Fachbeirat "Wirtschaftsnah Verwaltung" nun um je einen Vertreter des Arbeitgeberverbands, des Bezirksverbands Naturschutz, der Gewerkschaften und der Landwirtschaft erweitert hat. Ich bin sicher, dass in einem konsensualen Prozess erarbeitete Ergebnisse noch praxisnäher werden. Vor allem werden wir aber von einem breiten Konsens getragene Empfehlungen schneller umsetzen können.

Wir sind froh, dass die Landesregierung die Vorschläge aus der OWL-Region, die in der Landeskompetenz liegen und umsetzbar erscheinen, aufgegriffen und zügig in den vorliegenden Ge-

setzentwurf eingebracht hat. Wir haben den Gesetzentwurf in den verschiedensten Ausschüssen im Landtag behandelt und ihn am 3. März 2004 im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie abschließend beraten und in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

Die Oppositionsfraktionen CDU und FDP hatten jeweils eigene Anträge eingebracht, die im Wesentlichen Änderungen zum § 3 des Gesetzentwurfs beinhalteten, nämlich zu der Auflösung der Staatlichen Umweltämter und der Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz, der Zusammenführung der Aufgaben dieser Ämter und der entsprechenden Aufgaben der Bezirksregierung Detmold in einer neuen Behörde. Dies kritisieren Sie, weil es Ihrer Meinung nach eine neue Großbehörde schaffe. Damit greifen sie auch eine Kritik aus der Region OWL auf.

Wir in den Koalitionsfraktionen glauben allerdings, dass es im Sinne einer stärkeren Kundenorientierung einfacher ist, eine zentrale Anlaufstelle für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, weil damit kürzere Verfahrenslaufzeiten und dadurch schnellere Entscheidungen zu erwarten sind. Außerdem sollen nach diesem Gesetzentwurf die von den beiden bisherigen Ämtern sowie der Bezirksregierung wahrgenommenen Aufgaben zunächst daraufhin überprüft werden, ob sie nicht kommunalisiert oder privatisiert werden können. Erst danach geschieht die Zusammenlegung.

Wir sind also der Auffassung, dass wir den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung beschließen und damit der Beschlussvorlage aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mit der Drucksachennummer 13/5122 zustimmen.

Wir stimmen dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/5136 ebenfalls zu. Darin begrüßen wir ausdrücklich weitere Vorschläge aus der Region, die möglichst konsensual erarbeitet werden sollten.

Wir fordern die Landesregierung auf, weitere Vorschläge aus der Modellregion OWL schnellstens zu prüfen und dem Landtag zu unterbreiten. Wir wollen den Prozess und die Evaluierung dieses Modellprozesses im federführenden Ausschuss begleiten und positive Ergebnisse letztlich für ganz Nordrhein-Westfalen umsetzen.

Der Vollständigkeit halber füge ich an, dass wir den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Gießelmann. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Tag verabschieden wir das Bürokratieabbaugesetz OWL in zweiter Lesung. Es ist jetzt fast genau ein Jahr her, dass die OWL Marketing GmbH ihre Vorschläge zum Bürokratieabbau der Politik übergab. Auf den Werdegang der Verarbeitung der Vorschläge bis heute will ich nicht näher eingehen. Nur so viel: Wir sollten stets in Erinnerung behalten, dass sowohl der Anstoß zu diesem Projekt als auch die Inhalte aus der Region gekommen sind, von den Kreisen und Kommunen in Zusammenarbeit mit der heimischen Wirtschaft. Diese Vorschläge wurden von der Landesregierung zum Teil 1:1, teilweise aber auch abgeschwächt in den vorliegenden Gesetzentwurf übernommen.

Der Gesetzentwurf findet im Großen und Ganzen unsere Zustimmung. Jedoch hat die Landesregierung einige Hausaufgaben noch nicht gemacht. Diese hat die CDU-Landtagsfraktion schon bei der Einbringung und in den Ausschußdiskussionen angemahnt. Der wichtigste offene Punkt - das hat Kollegin Gießelmann eben schon angesprochen - ist die mangelhafte Art und Weise, wie die Staatlichen Umweltämter und das Amt für Arbeitsschutz zusammengelegt werden sollen. Das ursprüngliche Anliegen aus der Region, nämlich weniger Behördengänge, wird nur formal gelöst. Hinter den Kulissen existiert weiter eine zersplitterte und unklare Zuständigkeit, ganz zu schweigen von einer Reduktion der Behördengänge. In dieser Form und so, wie es im Gesetzentwurf steht, wirkt das Ganze wie eine von oben oktroyierte Mogelpackung, die so noch gar nichts löst. Die Frage, wie damit Wachstum und Beschäftigung gefördert werden können, ist noch nicht beantwortet.

Im Gegensatz dazu hat die OWL Marketing GmbH ein zukunftsweisendes Konzept vorgelegt, in dem aufgezeigt wird, welche Aufgaben komplett entfallen können, welche kommunalisiert und welche dann noch in einer verbleibenden Mittelbehörde gebündelt werden können. So gesehen widerspreche ich Ihnen, Kollegin Gießelmann. Es wird erst einmal zusammengelegt, und danach erfolgt die Aufgabenkritik. Wir haben die genau umgekehrte Reihenfolge vorgeschlagen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat daher ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf mit der Forderung an die Landesregierung verknüpft, dem Landtag

auf Basis des von mir erwähnten Papiers aus der Region eine Lösung vorzustellen, wie man diese staatlichen Aufgaben demnächst organisieren wird. Die Uhr tickt. Denn betroffen sind nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wissen wollen, wie es nun weitergeht.

Ein weiterer Punkt ist die Auswertung der Maßnahmen. Eine extern durchgeführte Evaluation ist objektiver als eine, die von der Regierung selbst durchgeführt wird. Wir erwarten dazu noch einen konkreten Vorschlag. Herr Kuschke hatte bei der Einbringung dieses Gesetzes schon ein Entgegenkommen angedeutet. Vielleicht werden Sie dazu gleich noch näher Stellung nehmen.

Noch ein Wort zum Entschließungsantrag der Regierungskoalition. Der Antrag ist weiße Salbe und ist schlicht überflüssig. Er soll nur davon ablenken, dass sich Rot und Grün bei der Strukturfrage der Ämterzusammenlegung noch nicht einig sind.

(Beifall bei der CDU)

Dem FDP-Antrag hingegen können wir zustimmen, weil sich darin unsere Bedenken wieder finden, auch was die Zögerlichkeit Richtung Berlin betrifft.

Dass wir die zweite Welle der Vorschläge, die demnächst kommen wird, positiv begleiten und die Region weiter unterstützen werden, haben alle Fraktionen schon längst gesagt. Entscheidend ist, dass wir dies auch tun. Die CDU-Landtagsfraktion hat die Modellregion OWL stets auf ihrem mutigen Weg unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Thomann-Stahl das Wort.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion ist mit der bisherigen Arbeit und mit dem Gesetzentwurf zufrieden und wird ihm deswegen auch zustimmen. Wir sind allerdings nicht so richtig erfreut - deswegen auch unser Entschließungsantrag - darüber, dass die bisher von den staatlichen Umweltämtern und den staatlichen Ämtern für Arbeitsschutz wahrgenommenen Aufgaben und die entsprechenden Aufgaben der Bezirksregierung in einer neuen staatlichen Verwaltungsbehörde zusammengeführt werden. Das ist unseres Erachtens kein Beitrag zur Entbüro-

kratisierung, sondern die Schaffung einer neuen regionalen Großbehörde.

Nicht zufrieden sind wir auch mit den bisherigen Anstrengungen des Bundes. Da fehlt noch viel, einschließlich der Entscheidung, dass OWL überhaupt Modellregion wird. Aber wir versuchen auf unsere Art und Weise, hier gemeinsam Fakten zu setzen, an denen der Bund letztlich nicht vorbeikommen kann. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass vonseiten des Bundes noch einiges fehlt: im Bereich Planungs- und Genehmigungsverfahren Entscheidungen im Bundesemissionsschutzgesetz, die Einführung von Regelvermutungen im Bereich Existenzgründung, zahlreiche gesetzgeberische Begleitmaßnahmen im Bereich der Statistik sowie im Bereich Arbeits- und Sozialrecht. Uns fehlt sogar noch eine Anzeigepflicht statt einer Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz bei der Verabreichung von Bratwürsten und Ähnlichem; doch das nur am Rande. Aber Sie erkennen daraus schon: Der Bund ist seinen Aufgaben bislang noch nicht in dem erforderlichen Umfang nachgekommen. Wir haben die Landesregierung mehrfach gebeten und aufgefordert, in Berlin hier flankierend tätig zu werden. Der Staatssekretär hat das in der letzten Woche im Wirtschaftsausschuss auch noch einmal zugesagt. Wir wären dankbar, wenn sich da möglichst schnell etwas bewegen würde.

Ich darf bei dieser Gelegenheit, Herr Minister Kuschke, noch auf einen weiteren Punkt, der der FDP-Fraktion am Herzen liegt, aufmerksam machen, weil er ebenfalls den Standort Ostwestfalen-Lippe betrifft. Das ist die Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung, die zurzeit in Detmold angesiedelt ist und die im Rahmen der Umorganisation von zahlreichen in diesem Bereich tätigen Institutionen und Bundesforschungsanstalten in einer Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel aufgehen soll.

Für diese künftige große Forschungsanstalt - es kann ja durchaus Sinn machen, diese wohl im Moment dreizehn Institute zusammenzupacken - sind zwei Standorte im Gespräch, Detmold aber nicht. Wir fänden es eigentlich erstens dem OWL-Gesetz und zweitens dem Lande Nordrhein-Westfalen angemessen, wenn wir von den zwei Standorten dieser künftigen Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel wenigstens einen Standort in Ostwestfalen-Lippe, nämlich in Detmold hätten. Wir sind auch sicher, dass wir, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist und der Bund seine Anstrengungen in diesem Bereich unternimmt, möglicherweise fehlende Infrastruktur

oder Räumlichkeiten sehr schnell bereitstellen könnten.

Wir als FDP-Fraktion fänden es ausgesprochen schade, wenn diese Bundesforschungsanstalt, die auch in Europa gerade im Bereich der Getreide- und Brotforschung ein Monopol hat und international hoch anerkannt ist, aus Ostwestfalen-Lippe, aus Detmold und dann eben auch aus Nordrhein-Westfalen abgezogen würde. Wir bitten hier herzlich um die Unterstützung aller Kollegen hier im Landtag und insbesondere natürlich um das Tätigwerden der Landesregierung. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Koczy das Wort.

Ute Koczy¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Heute, am 11. März, ist es also soweit. Nach der Einbringung des Gesetzes am 11. November 2003 und der Überweisung an acht Ausschüsse findet heute im Plenum des Landtags die zweite Lesung des OWL-Modellregion-Gesetzes statt. Die dritte Lesung des Gesetzes sparen wir uns. Denn wir sind uns ja alle hier im Landtag einig, dass dieses Gesetz nach vier Monaten der Beratung nicht nur zügig verabschiedet werden soll, sondern damit auch auf den Weg gebracht wird.

Mit dem rot-grünen Entschließungsantrag wollen wir Grünen unterstreichen, dass es unser Ziel ist, Verfahrensvereinfachungen in Ostwestfalen-Lippe zu ermöglichen, unnötige Bürokratien abzubauen und dabei keinen Abbau im Bereich Umwelt- und Arbeitsschutz, Rechtsstaatlichkeit oder soziale Sicherung zuzulassen. Das sind wichtige Ziele in diesem Bereich, die man noch einmal unterstreichen sollte. Frau Kollegin Gießelmann hat darauf noch einmal hingewiesen.

Da ich heute Morgen schon die Ehre hatte, zu einem Europa-Thema zu diskutieren, möchte ich hinzufügen, dass für uns Grüne natürlich die naturschutzrechtlichen Ziele - ich weise hier nur auf FFH und die Vogelschutzrichtlinie hin - ihre Gültigkeit haben. Durch die geplanten Veränderungen in der Ämterstruktur sind hierzu Bedenken vorgebracht worden, auf die wir im weiteren Verfahren, wie es in OWL weitergeht, zu achten haben.

Des Weiteren wird in der Region über die Zusammenlegung der Staatlichen Umweltämter und

des Arbeitsschutzes kritisch diskutiert und auf ungeklärte Fragen hingewiesen. Das ist kein Geheimnis und das sollten wir auch offen ansprechen. Ich denke, es ist auch ein spannender Moment: Wie können wir hier in der Region eine Diskussion zu einer "One Stopp Agency" führen, so dass die vorgebrachten Bürokratiefragen abgearbeitet werden.

Wir wissen allerdings auch von Kommunalisierungsabsichten, bei denen ebenfalls die Frage offen ist, ob hier nicht eher das Interesse vorherrscht, die sieben Kreise zu stärken anstatt die Region als Region voranzubringen.

Meine Damen und Herren, hat hier irgendjemand behauptet, eine Vereinfachung von Bürokratieabläufen sei einfach und ohne Diskussion und ohne Kritik abzuwickeln? Wir alle wissen es besser. Viele Versuche sind auch schon von hier aus gestartet worden und oft gescheitert. Wir Grünen sagen: Wir wollen es jetzt versuchen, mit einer Modellregion in Ostwestfalen-Lippe zu beginnen, und dort überprüfen, was alles möglich ist. Da stehen die Region und die regionalen Akteure in einer Verantwortung, nicht nur kurzfristige Ziele umzusetzen, sondern auch im Interesse der Region und einer Stärkung ihrer Potenziale zu agieren.

Ich finde es sehr erfreulich - deswegen weisen wir in unserem Entschließungsantrag auch darauf hin -, dass die Umweltverbände und Gewerkschaften jetzt in den weiteren Prozess mit aufgenommen werden. Ich denke, das ist sehr wichtig.

(Manfred Palmen [CDU]: Die werden das noch mehr behindern!)

- Höre ich da: „noch mehr behindern“? - Ah! Da kommt schon das Argument: Wenn man Umweltverbände und Gewerkschaften mit hinzunimmt, wird das eine Behinderung darstellen. Ich finde, das ist eine wichtige Auseinandersetzung. Es ist nur schade, dass Sie Gewerkschaftstätigkeit, Arbeitsschutz und Umweltschutz als einen Behinderungsgrund darstellen, Herr Palmen. Ich bedauere es sehr, an Ihrem Geburtstag so etwas von Ihnen hören zu müssen.

Wir alle wissen, dass die Zukunft unserer Welt auch davon abhängen wird, ob wir atmen können, ob wir essen können, ob wir eine gesunde Umwelt haben. Was daran ein Behinderungsgrund - auch für die Wirtschaft - sein soll, das möchten Sie doch bitte auch in der Region erklären, die darauf angewiesen ist, als Gesundheitsregion auch einen Heilgarten darzustellen, in die die Leute fahren, um sich zu erholen. Wenn Sie diesen Aspekt aus der Diskussion ausklammern wollen, dann be-

schneiden Sie die Potenziale. Herr Palmen, es tut mir sehr leid, Sie haben hier meiner Meinung nach keinen konstruktiven Beitrag zur Diskussion geleistet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich würde mich freuen, wenn wir die Modellregion tatsächlich konstruktiv voranbringen und zukunftsfähig machen würden, wenn es uns gelänge, die Einzelinteressen, die hier immer wieder dargestellt werden, zu bündeln und zu sagen: Für die OWL-Modellregion wollen wir erreichen, unnötige Bürokratie abzubauen und eine lebens- und lebenswerte Region zu schaffen, und das auch für die Zukunft. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Koczy. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke, Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat - ich sehe es so wie die Vorrednerinnen und Vorredner -: Das ist heute ein guter Tag für Ostwestfalen-Lippe. Es ist auch ein guter Tag für die Unterstützung von Entbürokratisierung, für alles, was mit Deregulierung zu tun hat, Vereinfachung, Straffung, Beschleunigung von Verwaltungsverfahren.

Ich sage noch einmal ausdrücklich Dank an die Region Ostwestfalen-Lippe, die es uns, der Landesregierung und wohl auch dem Landtag, ermöglicht hat, hier in einem zügigen Verfahren auch praktische Dinge auf den Weg zu bringen. Denn der leider normale Weg sieht so aus: Es werden Ideen diskutiert, theoretisiert, 25 Gutachten eingeholt, 17 Experten befragt, und es dauert erst einmal vier Jahre, bevor man an die praktische Umsetzung geht. Noch einmal herzlichen Dank an Ostwestfalen-Lippe, dass wir hier einen anderen Weg gehen können.

Für die Landesregierung, für die Koalitionsfraktionen ist das kein isolierter Weg. Das befindet sich insgesamt im Prozess der Entbürokratisierung. Ich erinnere an das, was wir im Bereich der Erlassbereinigung auf den Weg gebracht haben: 1.700 von 3.300 Regelungen sind schon außer Kraft gesetzt worden. Ich erinnere auch an das Gesetz zur Befristung des Landesrechtes. Die Anzahl der Normen wird weiter verringert.

Ich finde es gut im Unterschied zum Geburtstagskind, das sich wenigstens heute einmal ein bisschen Pause vom Mosern nehmen sollte, dass wir die Gewerkschaften und die Umweltverbände hereingenommen haben. Mein Haus war aktiv an diesen Bemühungen beteiligt; ich danke allen, die mit dafür gesorgt haben. Denn das liegt, glaube ich, auch auf der Linie, die Frau Abgeordnete Gießelmann angesprochen hat: dass wir schon darauf achten müssen, dass die Bemühungen nach demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien und mit der Begleitung aller gesellschaftlichen Akteure erfolgen.

Ich bin auch dankbar für den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Ich habe darin mit Interesse gelesen, dass beispielsweise in einem Bereich, wo man noch an Veränderungen denkt, das Stichwort „Verkehrsverbünde“ genannt worden ist. Das ist natürlich in der Tat - ich hoffe, die Koalitionsfraktionen waren sich im Klaren darüber, was sie dort aufgeschrieben haben - eine Herausforderung von gigantischem Umfang und Ausmaß. Wäre es nicht eine wunderschöne Vorstellung, beispielsweise im Ruhrgebiet dafür zu sorgen, die derzeitige Situation dort mit den Verbünden und Gesellschaften aufzulösen? Der Kollege Verkehrsminister würde diesen Schritt sicherlich auch begrüßen.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Das wäre mal was!)

Wir würden die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, Fahrpläne vernünftig zu lesen, Fahrkarten einfach zu lösen. Das wäre eine Vorstellung! Also: Wir haben dort Übertragungsmöglichkeiten.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident bei anderer Gelegenheit darauf verwiesen hat, dass er sich das, was jetzt in Ostwestfalen-Lippe auf den Weg gebracht wird, auch für andere Regionen vorstellen kann.

Ich will noch auf den Punkt „Bündelung im Umwelt- und Arbeitsschutz“ eingehen. Ich glaube schon, dass wir eine wesentliche Vorstellung der Region aufgegriffen haben, nämlich eine neue Einrichtung zu schaffen; bislang beschäftigen sich damit vier Einrichtungen. Dieser Vorschlag ist aus der Region heraus gekommen. Wir haben die Schrittfolge festgelegt: die Gründung des Amtes, dann die Prüfung der Kommunalisierung. Diese Prüfung muss vernünftig und ordentlich gemacht werden. Frau Koczy hat gerade schon auf ein Kriterium hingewiesen. Ich will ein anderes nennen: Wir müssen Sicherheitsaspekte beispielsweise

beim Strahlenschutz berücksichtigen. Nicht alles, was denkbar ist, ist auch kommunalisierbar.

Aber ich will auch darauf verweisen: Der Ministerpräsident hat mich gebeten, diesen Prozess intensiv zu begleiten. Ich sage in Richtung des anwesenden Regierungspräsidenten, Herrn Wiebe: Das ist keine Drohung, sondern ein liebevolles Angebot zur Zusammenarbeit. Ich werde mir das vor Ort ansehen und sicherlich auch in der entsprechenden Art und Weise begleiten.

Frau Abgeordnete Thomann-Stahl hatte Standortfragen angesprochen, denen wir nachgehen werden, zumal das Thema „Fettforschung“ - wenn ich mir diesen Hinweis erlauben darf - durchaus in die Fastenzeit passt. Insofern werden wir das sicherlich aufgreifen.

Was die Frage der Evaluation anbelangt - sie war, glaube ich, von der FDP angesprochen worden -: Es gibt die Zusage, dass das, was natürlich zunächst intern im Prozess erarbeitet werden muss, selbstverständlich dem zuständigen Ausschuss präsentiert wird und durch ihn - möglicherweise auch durch das Parlament - begleitet werden kann. Wir haben überhaupt keine Gründe, irgendetwas zu verstecken und zu verdecken. Im Gegenteil, meine Damen und Herren: Ich denke, wir können stolz sein auf das, was auf Initiative der Region jetzt auf den Weg gebracht wird in Richtung wirklich sehr praktischer Umsetzungsvorschläge. Ich bin gespannt darauf, welche Vorschläge aus der Region heraus jetzt noch in den nächsten Wochen und Monaten kommen werden. Wir haben zugesagt: Der Prozess, der dort auf den Weg gebracht worden ist, ist dauerhaft und endet nicht mit irgendetwas.

Ich habe das Gefühl, dass jetzt die Anwesenheit hier wieder so vollständig ist, dass ich meine Rede beenden könnte.

(Heiterkeit)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor und sind nach den Worten von Herrn Minister Kuschke offensichtlich auch nicht mehr nötig, so dass wir damit die Beratung schließen und zur Abstimmung kommen können.

Wir stimmen zunächst über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie **Drucksache 13/5122** ab, den Gesetzentwurf Drucksache 13/4586 un-

verändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/5122 **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Entschließungsanträge, zunächst über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/5136**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **angenommen**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5154**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt, meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt

4 Ausbildungsmisere beenden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5113

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5158**, der gerade verteilt wird.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem anspruchsvollen Ziel "Ausbildungskonsens NRW" haben Wirtschaft und Politik in Nordrhein-Westfalen das anspruchsvolle Versprechen gegeben: Jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, wird schließlich auch ausgebildet. - Diese Zusage müssen wir heute, nach sieben verflixten Jahren Ausbildungskonsens, die nun hinter uns liegen, kritisch betrachten.